





wählen wieder alle die Euch in Wahrheit feindlich gegenüberstehenden Vertreter der kapitalistischen Klassen wählen. Wacht auf! Wacht auf! Ihr habt gesehen, was Ihr diesen Leuten zu verdanken habt. Ihr verdankt ihnen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren alleinige Interessen sie vertreten, das grenzenlose Elend, in dem Ihr Euch befindet, ihnen verdankt Ihr die gräßlichen Verwüstungen an Eurer Gesundheit und der Gesundheit Eurer in Lumpen daherschleichenden Frauen und Kinder.

Wacht auf! Denkt daran bei den kommenden Wahlen!

## Die Folgen der Parteidiktatur

Das geistige Leben stirbt ab, die Apathie wächst

In einem Artikel in Nr. 209 der Moskauer „Iswestija“ tritt der Kommunist Sofis aus Anlaß der Wahlen zum 8. Allrussischen Rätekongreß für die Heranziehung der breiten passiven parteilosen Massen zur Teilnahme am politischen Leben ein. Die parteilosen Massen, auch die proletarischen, sind nach Ansicht des Verfassers selbst in den Großstädten durchweg unpolitisch und apathisch. Die Intellektuellen haben den Glauben an ihre früheren Ideale verloren und keinen neuen gefunden. Man fügt sich gehorsam den Verordnungen der Regierung. Selbst wenn man direkte Mißbräuche von Seiten der Behörden nachweisen kann, wagt man nicht Beschwerde zu führen oder bei der Presse Hilfe zu suchen, sondern man greift zum gewohnten Mittel der Befehlsgebung, das eine allgemeine Demoralisation zur Folge hat. Die Presse, besonders in der Provinz, leidet der Bevölkerung auch wenig Unterstützung; sie widmet in der Regel nur wenig Raum für die Erörterung der Nöte der Bevölkerung und führt keinen Kampf gegen die Mißbräuche der Behörden. Die Behörden selbst sind, nach altem Brauch, dem Licht der Öffentlichkeit wenig gewogen. Die Massen, selbst die gebildeten Schichten, verwildern und ihr geistiges Leben beschränkt sich auf die angstvolle Erwartung irgendeiner neuen Pflichtenverordnung oder auf die freudige Erwartung bevorstehender Lebensmittelaussparungen.

Der Verfasser wehrt sich gegen den Vorwurf der Uebertreibung durch den Hinweis auf seine Erfahrungen bei der letzten Volkszählung. Er führt aus, daß durch eine derartige Vollständigkeit der bevorstehende Friedensaufbau aufs schwerste gefährdet werde. Dieser Aufbau könne nicht, wie der Sieg über die Gegenrevolution, auf die Weise erreicht werden, daß die Sowjetrepublik sich auf den Vorposten des Proletariats stützt und die Parteilosen passiv dem Kommando gefolgt, sie müssen zu Bürgern herangebildet werden, die sich ihrer Rechte und Pflichten bewußt sind. Der Anfang dazu ist bei den Wahlen zum Rätekongreß zu machen, die zum ersten Male im Frieden stattfinden werden. Die örtlichen Behörden müssen nach Befehl der Regierung entsprechende Bestimmungen erlassen, damit die Parteilosen erkennen, daß es der Sowjetregierung wirklich ernst damit sei, sie zum politischen Leben heranzuziehen.

Der Ruf nach Sofis gewinnt ein besonderes Interesse durch den Petersburger Wahlsieg der mit dem Kommunismus unzufriedenen sogenannten „Parteilosen“. Die Beunruhigung über die Haltung der Massen scheint in Sowjetrussen allgemein zu sein. Auch Kamenev hat auf einer Sitzung des Exekutivkomitees des Moskauer Rates darauf hingewiesen, daß die Massen zum Räteaufbau herangezogen und die Provinzräte von den vom Zentrum ihnen auferlegten Pflichten befreit werden müßten. Die Volkskommissare beengten die Selbständigkeit der Provinzen und jedes Diktat dürfe erst nach Beratung Geseh werden.

## Die Petersburger Wahl Niederlage der Kommunisten

Die Wahlen in die Petersburger Arbeiter- und Bauerninspektion sind nunmehr abgeschlossen. Es sind 800 Personen gewählt, von denen 700 zu den mit dem Kommunismus unzufriedenen sogenannten „Parteilosen“ gehören. Die Petersburger „Pravda“ sucht diese Wahl Niederlage der Kommunisten dadurch zu erklären, daß die Arbeiterchaft es vermeiden wollte, die in ihrer Mitte wirkenden Kommunisten aus ihrer Arbeit in den Betrieben herauszureißen.

## Zur Ausgestaltung der „Freiheit“

Wissenschaft, Kunst, Arbeiterbildung und Unterhaltung

Unseren Lesern und Leserinnen teilen wir mit, daß der unterhaltende, belehrende und überhaupt der ganze nicht-politische Teil der „Freiheit“ schon vom Dezember ab eine wesentliche Erweiterung erfahren wird. Von morgen ab wird die „Freiheit“ jeden Sonntag eine ganzseitige Feuilleton-Beilage bringen. Auch an Wochentagen soll das Feuilleton in größerem Umfang als bisher erscheinen. Zahlreiche Mitarbeiter sind neu gewonnen worden. Sollen Gebiete des Wissens, der Unterhaltung, der Aufklärung, des Sozialismus behandelt werden. Besonders das ganze Gebiet der Arbeiterbildung und der proletarischen Kultur wird sorgsame Pflege erfahren.

Von 1. Januar wird die „Freie Welt“ als Unterhaltungsbeilage im neuen Gewande einmal wöchentlich der „Freiheit“ beiliegen. Auch auf diese Weise hoffen wir, den mannigfachen Interessen unserer Leser und Leserinnen gerecht werden zu können. Im Interesse einer einheitlichen Leitung dieser fortan zusammengehörenden Teile der „Freiheit“ hat Genosse Stölinger neben der Redaktion der „Freien Welt“ die Feuilleton-Redaktion übernommen.

Trotz der großen Vermehrung des Lesestoffes und der damit verbundenen Ausgaben für Papier, Druck, Arbeit usw. wird der Bezugspreis nicht erhöht werden. Wir hoffen aber, daß uns unsere Leser weiter treu bleiben und in den Betrieben und Bekanntenkreisen für die Verbreitung unseres Blattes sorgen werden.

Redaktion und Verlag der „Freiheit“.

## Unser neuer Roman

Wir beginnen morgen mit der Veröffentlichung eines neuen Romans „Sommer und Emilia“ von Julius Levin. Der Verfasser, der sich bereits als Erzähler eines geachteten Namen gemacht hat, schildert in seiner neuesten Arbeit eine Liebes- und Ehegeschichte aus dem Berliner Arbeiter- und Kleinbürgerleben. Der Krieg, der für die Entwicklung des Konfliktes von großer Bedeutung ist, wird so geschildert, wie ihn damals, August 1914, hunderttausende irrgeschickte Arbeiter erlebt haben, so daß jetzt vielen beim Lesen sonderbar, wenn nicht komisch vorkommen wird, wie damals geredet und gedacht wurde. Die knappe Art des Erzählers, seine Kenntnis der Empfindungswelt des Berliner, die ist recht dialektische Art des Berliner Dialekts geben dem ganzen Roman einen Reiz, der, wie wir hoffen, unseren Lesern besonders zusagen wird.

## Retter des Vaterlandes

Es gibt noch Richter in Deutschland

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt über den Freispruch der Marburger Studenten:

Unjere braven Jungen sind freigesprochen worden. Es gibt eben noch Richter in Deutschland. Klar ist die Unschuld der Marburger Studenten erwiesen. Die gemeinen Verleumdungen haben den Unferabfalle nicht genügt. Keine der Verdächtigungen, die man unseren braven Zeitfreiwilligen anhängen wagte, hat sich als wahr erwiesen. Ein bürgerliches Gericht konnte natürlich zu keinem anderen Spruche als das Kriegsgericht kommen; nur ein Urteil gab es: Freispruch. Das wußten wir schon im voraus. Das Mißtrauen der Sozialisten gegen das Kriegsgericht hat sich als trügerisch erwiesen. Wir freuen uns herzlich über den Freispruch unserer Marburger Kommilitonen. Möchten sie vor weiteren Verleumdungen und Verdächtigungen bewahrt bleiben. Sie werden, dessen sind wir gewiß, auch lernen dem Vaterland so gute Dienste zu leisten wie in den Märztagen von 1919.

## Die höhere Fügung

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Diesmal können die Blätter der Linken nicht mit dem Einwand kommen, das Gericht sei besungen und parteiisch gewesen und es habe Klassenjustiz getrieben. Diesmal waren es Geschworene, also Männer aus allen Volksschichten, die das Urteil fällten. Und das Urteil lautet abermals auf Freispruch. Zudem hatte in Rücksicht auf die Beweisaufnahme der Staatsanwalt selber die Verneinung der Schuldfragen beantragt. Die beiden Hauptbelastungszeugen haben auf die Geschworenen offenbar keinen guten Eindruck gemacht. ... Daß bei Richterstadt so viel Blut geflossen ist, muß an sich bedauert werden, aber es war unvermeidlich. Die Erschossenen selber waren es, die ihren Tod herbeigeführt haben. Sie waren nachdrücklich verwarnet worden und wußten, was ihnen bevorstand, wenn sie flohen. Sie haben das Risiko auf sich genommen, weil ihnen ihr böses Gewissen widerriet, sich einer gerichtlichen Untersuchung auszuliefern. Sie haben also, nach einer höheren Fügung, für ihr Verbrechen gestraft.

Zum Schluß weist die „Deutsche Tageszeitung“ die Hegereien zurück, die „bezeichnend“ sind für das mangelnde Rechtsbewußtsein von Leuten, die selbst den anrührendsten Burden noch zu bedenken bemüht sind, nur weil er zur Partei gehört.“ Das Blatt merkt nicht, wie sehr es mit diesen Worten sich selbst, der bürgerlichen Justiz und ihren Handlangern das Urteil spricht.

## Die Kriegsfolgen für die Eisenbahn

Der Reichsverkehrsminister Groener hat in einem Vortrag über „die Eisenbahnen in und nach dem Kriege“, den er in der „Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ gehalten hat, einige bedeutungsvolle Zustände über die Gründe für die schlimmen Zustände im Eisenbahnenwesen gemacht, die man bisher aus offiziellem Munde nicht zu hören bekam. Er sagte u. a.:

Vom Sommer 1915 bis Sommer 1918 nahm der Militärbetrieb um 100 v. H. zu und konnte doch nicht bewältigt werden. Bis zum Sommer 1917 wuchs er wieder um 20 v. H. Um ihn zu bewältigen, hätte der Bestand an Lokomotiven um 60 v. H. gesteigert werden müssen. So waren wir denn im Herbst 1918 am Ende unserer Kräfte. Es ist uns unmöglich, in 1 bis 2 Jahren die Verluste auszugleichen, zumal bei der enormen Steigerung der Material- und Personalkosten. Wir haben im Jahre 1918 rund 22 Milliarden Schillingometer bestritten. Heute bleiben unsere Leistungen erheblich dahinter zurück. Wir beschätzten vor dem Kriege 740 000 Mann, jetzt fast 1 100 000, also selbst wenn man den Achtstundentag in Rechnung setzt, noch mindestens 100 000 Mann zuviel. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß niemand mehr in den Eisenbahnbetrieb aufgenommen wird, daß ferner der Achtstundentag nicht schematisch behandelt wird, sondern daß nur die wirklich geleistete Arbeit ohne Berücksichtigung der Ruhepausen, die im Eisenbahnbetrieb besonders häufig sind, bezahlt wird. Das Verhältnis der Personal- zu den Materialkosten hat sich übrigens so gestaltet, daß die Materialkosten ins Ungeheure ansteigend sind, während im Verhältnis dazu die Personalkosten nicht so stark in die Höhe gegangen sind. Die Erhöhung der Tarife, das 4½fache für Personen, das Sechsfache für Güter, ist sehr möglich, und wir bleiben heute noch bedeutend unter den Selbstkosten. Der frühere Zustand, in dem die Eisenbahnüberschüsse das Rückgrat des Staatshaushalts bildeten, muß unter stetiger Arbeit wieder erreicht werden.“

Die Hege gegen Tollers Dichtungen scheint Erfolg zu haben. Nach dem „Lokal-Anzeiger“ erklärte die Regierung auf die von uns Donnerstagabend wiedergegebene Anfrage der Bayerischen Konföderation, daß sie die Polizeibehörde angewiesen hat, Vergehen gegen das „Strafgesetz“, wie sie in der Aufführung solcher Theaterstücke liegen, zu unterdrücken oder verfolgen zu lassen. Die Regierung wolle damit keine Theaterzensur schaffen (!), sondern nur die Verletzung des Strafgesetzes verhindern, das die Orgel befähigt nicht verleiht.

Zu diesem Gerücht ist zu bemerken, daß es eine offizielle Theaterzensur in Deutschland auch vor dem Kriege nicht gegeben hat, sondern nur dieselbe Art polizeilicher Unterdrückung unter Berufung auf das Strafgesetz, wie sie jetzt gegen Tollers Stücke angewandt werden soll. Wenn man bedenkt, daß die sehr strenge Festungszensur Tollers überhaupt gestattet hat, keine Dichtung in die Außenwelt zu senden, so kann man daran die Gefährlichkeit der Diktatur der Bourgeoisie in Bayern erkennen. Wir bleiben dabei, die Arbeiter, für die Tollers Dichtungen in erster Linie bestimmt sind, lassen sie sich nicht rauben; in der Form geschlossener Betriebsaufführungen haben sie dazu ein sogar „gesetzliches“ Mittel, das überall anzuwenden sein wird, wo die Polizei der Aufführung Gelächter machen wird.

Die Nase als Schorran. Wie die Auslandspost nach den Daily News berichtet, stellt Louis Faricouste von der Universität Paris in einem neuen Buche die sensationelle Behauptung auf, man könne mit Hilfe der Hypnose Patienten befähigen, äußere Gegenstände unabhängig vom Auge durch die Haut wahrzunehmen. Er erzählt von fünf Versuchspersonen, die Zeitschriften mit der Nase gelesen, Zahlen mit der Brusthaut entziffert und Möbel mit dem Rücken erkannt haben. Es bleibe dahingestellt, ob bei dieser Entdeckung nicht der Dichter über den Gelehrten gestellt hat: denn Faricouste schreibt unter dem Pseudonym Jules Romains Komödien und Romane, von denen die phantastisch-ironische Filmgeschichte Donogoo-Tonka soeben (Verlag der Neuen Welt, München) in deutscher Uebersetzung erschienen ist.

## Tages-Notizen

Ordnungsarbeiten der nächsten Woche. Neues Volkstheater: Die vier Robinsons von Esso am Dienstag - Isabella, b. Kästner, b. Straß: „Solome“ von Oscar Wilde am Dienstag - Drei Heide Theater: „Gedult und Geduld“ von Bernhard Schöen am Mittwoch - Neues Operettenhaus: „Die drei Jungs“ u. „Operette von Raff Benayon am Mittwoch - Kleines Schauspielhaus: „Rägen“ von Schöler am Donnerstag - Kamische Oper: „Donnechen Sata“ Operette von Leo Wilder am Samstag.

Spielplanänderung. Deutsches Theater: Sonntag, 26. Dez. „Stelle“ „Schillerkassen“. Gelbe Karten werden mit bis 21. Dezember umgetauscht.

Mitt. Morgen Sonntag: Bismarck-Deutscher 7½ Uhr. Gelblich: 8½ Uhr. Dirigent: S. Wenzel.

Berliner Morgen, Sonntag, 7 Uhr. Neuland-Deutscher Dr. Max Deit. „Schillerkassen“. „Deutsche Kunst“. Eintritt 7½ Uhr. Kleines Theater, Sonntag, 7 Uhr. - Gestern hat ein Pianist am 8. Dezember in der Hofkapelle wieder zum ersten Mal seit vielen Jahren unerschütterlich komponiert.

Die Bemerkung, daß wir im Herbst 1918 am Ende unserer Kräfte waren, ist eine wertvolle Illustration zu der Legende vom Dolchstoß von hinten. Dagegen vermögen wir nicht zu verstehen, wie in einem so tief veräuterten Unternehmen zu viel Arbeitskräfte vorhanden sein können. Uns will scheinen, daß man nicht genug Kräfte haben kann, damit der gegenwärtige Zustand so schnell wie möglich überwinden werde, und die Frage ist nur, ob die Eisenbahnverwaltung die nötige Elastizität besitzt, um die verfügbaren Arbeitskräfte zweckmäßig anzusetzen. Daran scheint es allerdings zu fehlen. Darum sucht auch Groener noch immer einen Teil der Gründe für den Ruin im Arbeitsverhältnis nämlich im Achtstundentag. Das deutet wiederum an, daß er der leitenden Bureaufkratte vor allem ein Dorn im Auge ist. Die Eisenbahner mögen daher auf der Hut sein.

Groener hat zugleich das Ziel seines Strebens enthüllt. Die Eisenbahn soll wieder Ueberflüsse tragen, damit sie von neuem „das Rückgrat des Staatshaushalts“ werde. Das geschah einst auf Kosten der langen Dienstzeit und der schlechten Bezahlung des Personals. Groener scheint eine ähnliche Lösung im Auge zu haben, und darum sein Stöhnen über zu viel Personal und über den Achtstundentag. Aber er mag sich gesagt sein lassen, daß diese Lösung nicht angängig ist. Mühte doch auch er zugeben, daß die Steigerung der Materialkosten die Hauptlast des Etats ausmachen, während die Steigerung der Personalkosten weit dahinter zurückbleibt.

## Die tägliche kommunistische Lumperei

Die „Rote Fahne“ schreibt heute von mehrheitssozialistischen und unabhängigen Soldschreibern des Kapitals.

Die Redaktion weiß, daß das eine bewusste Lüge nach dem Muster des schmierigen Oberverleumders Sinowjew ist. Aber wir glauben, daß man bei den deutschen Arbeitern mit solchen Hallunkenmethoden nicht weit kommen wird.

## Steigerung der Erwerbslosenziffer

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, wuchs die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, die seit dem 15. September dieses Jahres in langsamem Rückgang begriffen war, nach den Erhebungen vom 1. Dezember wieder eine Steigerung auf. Am 1. Dezember wurden 276 533 Männer und 73 783 Frauen, insgesamt 350 292 Personen als Hauptempfänger unterstützt, gegen 348 599 am 15. November und 349 747 Zuschlagsempfänger (Familienangehörige) gegen 338 961 am 15. November. Von den 350 292 unterstützten Erwerbslosen im Reich entfallen 174 631 auf Preußen, davon 87 609 auf Groß-Berlin, 92 019 auf Sachsen, 21 406 auf Hamburg. Aus der hohen Zahl der unterstützten Erwerbslosen muß auf nicht weniger hohe Ziffern von Arbeitslosen, die keine Unterstützung empfangen, geschlossen werden. Ferner drückt sich die ernste Lage des Arbeitsmarktes nach wie vor in der sehr großen Zahl der Kurzarbeiter aus und in dem ständig wachsenden Umfang, den die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge annehmen.

## Die Bewegung unter den Eisenbahnern

Die von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten- und -anwärter beschlossene Urabstimmung über die Mitglieder über die Frage, ob die Beamten sich mit den Angehörigen des Parlaments begnügen wollen oder nicht, ist jetzt bereits im Gange, und man darf das Ergebnis in etwa 10-12 Tagen erwarten. Ueber das Resultat läßt sich im Augenblick noch nichts sagen, da die wenigen Ergebnisse, die bereits aus einzelnen Städten vorliegen, noch keinen Schluß auf die Gesamtsituation zulassen. Inzwischen hat auch der Deutsche Eisenbahnerverband sich mit seinen Ortsauschüssen im Reich in Verbindung gesetzt, da namentlich von den Eisenbahnarbeitern eine Entscheidung möglichst noch in diesem Jahr verlangt wird. Zwischen den Eisenbahner-Gruppenorganisationen haben in den letzten Tagen Besprechungen von Bedeutung stattgefunden.

## Die Speisekammer der Tiere

Von Dr. Heinz Wetten

Ihre höchste Vollkommenheit erlangen die Tiere in der Fähigkeit, praktische Speisekammern anzulegen, erst dann, wenn es gilt nicht für sich selbst in Zeiten der Not Sorge zu tragen, sondern wenn es sich darum handelt, für ihre Jungen das erste Futter zu beschaffen, damit diese nicht verhungern in ihren ersten Lebensjahren, wenn die Eltern - unerlöschlichen Naturgesetzen folgend - vielleicht weit entfernt sind oder schon tot sind. Denn nicht alle Tiere haben es so gut wie die Vögel, denen die Natur im Elend gleich die erste Nahrung mit auf den Weg gegeben hat, oder wie die Säugetiere, die an der mütterlichen Brust die erste Mahlzeit erhalten. Die Insektenweibchen, bei denen in den meisten Fällen mit dem Ausstoßen des Eies auch die „Mutterfreuden“ zu Ende sind und die meist schon tot sind, wenn die Jungen die Eihüllen durchbrechen, tun gleichwohl alles, was in ihren Kräften steht, um der jungen Generation den ersten Schritt in die Welt zu erleichtern und sie - da die Nahrungsjage nun einmal die wichtigste ist - wenn möglich gleich in einer kleinen Speisekammer zur Welt kommen zu lassen.

Wie bekannt, pflügen jene Käfer, die man „Totengräber“ nennt, da sie die Leichen kleiner Säugetiere sowie die von Froschlurchen, Vögeln und anderen Tieren verscharrten, sich hierbei nicht um humanitäre, hygienische oder ethische Gründe kümmern lassen, sondern nur von der Sorge für ihre Jungen. Treffen die Käfer, die verwesendes Fleisch als den höchsten aller Genüsse ansehen, Leichname auf einem steinigen Boden, der ihnen das Begraben nicht möglich macht und von welcher, lockerer Erde so weit entfernt ist, als daß der Transport des Kadavers sich lohnen möchte, dann begnügen sie sich die Totengräber damit, sich an dem flüchtigen Mahle ordentlich vollzukostern und kimmern sich nicht weiter darum, was später aus ihm wird. Liegt aber das tote Tier auf einem lockeren Boden, dann kriechen diese Käfer darunter und wühlen die Erde unter ihm auf, so lange, bis sie das Tier in sie gebettet haben. Bevor sie aber das Grab schließen, indem sie die ausgegrabene Erde darauf werfen und dann das Ganze wieder glätten, so gut es geht, kriechen ihre Weibchen unter den Kadaver und streifen ihre Eier an ihm ab. Dann kommen sie wieder heraus aus der Grube und helfen den Männchen, das Grab zu schließen. Die auskriechenden Jungen aber finden die Tafel gedeckt und haben nichts weiter zu tun, als sich anzufressen, zu wachsen und später einmal an ihren eigenen Jungen ebenso zu handeln. In ähnlicher Weise sorgen manche Wespen für ihre Jungen, indem sie ihre Eier in die weichen Körper von Raupen verpacken, von denen die auskriechenden Larven solange frestessen, bis sie groß und stark genug geworden sind, um sich zu verpuppen.



# Metallarbeiter! Auf zur Wahl! Stimmt und werbt für die Liste Ziska-Urich.

## Aus dem Wohnungsausschuß Die Rechtssozialisten für die Mietsteuer

Der Wohnungsausschuß hatte in mehreren Sitzungen zur Förderung des Wohnungsbaues Stellung genommen, gelangte aber zu keinem positiven Ergebnis. Gegen die Sozialisierung des Wohnungsbaues sprachen sich die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien entschieden aus. Die Rechtssozialisten verlangten daraufhin, daß zwei Milliarden für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, damit die Bautätigkeit im nächsten Jahre sofort aufgenommen werden kann.

Die Regierungsvertreter erklärten ihre Bereitwilligkeit, fordern aber die Deckung dieser Summe durch eine Mietsteuer. Gegen diesen Plan protestierten ganz entschieden die Vertreter der U. S. P., was zur Folge hatte, daß auch die Rechtssozialisten, nach langem Hin- und Herreden, ihre Zustimmung verweigerten. Die Haltung der Rechtssozialisten ließ jedoch darauf schließen, daß jeden Augenblick mit ihrem Umschwung gerechnet werden mußte. Zunächst waren jedoch durch die ablehnende Haltung der sozialistischen Vertreter die Verhandlungen im Ausschuß ins Stocken geraten, denn die Regierungsvertreter hatten erklärt, daß ohne Zustimmung der Rechtssozialisten eine Vorlage nicht eingebracht würde.

Um aus dieser unangenehmen Situation herauszukommen, wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der neue Wege suchen sollte. Mit dem Ergebnis dieses Ausschusses beschäftigte sich dann eine neue Sitzung des Wohnungsausschusses. Der Unterausschuß mußte folgende Fragen auf:

1. Vorlage eines Gesetzesentwurfes durch die Reichsregierung, die das Wohnungs- und Siedlungswesen auf reichsgepflanzter Grundlage neu regelt, unter Errichtung einer einheitlichen Zentralstelle.
2. Bis zur Neuregelung des Wohnungswesens ist die Neubautätigkeit wie folgt zu gestalten:
  - a) die hierfür erforderlichen Mittel für die Neubautätigkeit werden auf dem Wege des Anleiheverfahrens aufgebracht;
  - b) zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe wird eine Wohnungsgeldabgabe auf alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude gelegt;
  - c) die aus allgemeinen Mitteln erbauten Wohnungen und Siedlungen bleiben Eigentum der bauenden Gemeinden oder Genossenschaften, bei letzteren mit der Einschränkung, daß im Falle ihrer Auflösung oder der Aufgabe ihrer Tätigkeit dieser Besitz an die Gemeinde übergeht.
3. Zweck Preislenkung ist durchzuführen:
  - a) Neuregelung der Bewirtschaftung der Baustoffe, wie Aufhebung der Verordnungen, die den Baustoffherstellern Monopolstellung gewähren usw.;
  - b) Neuregelung der Kohlenverteilung an Baugemeinden und Baugenossenschaften;
  - c) Beteiligung der Produktivgenossenschaften und sozialer Baubetriebe bei Ausführung der Neubauten.
4. Unterstützung von Forschungsgesellschaften, die eine billigere und zweckmäßigere Bauweise ermöglichen.

Wegen die Grundforderung 1 wehrten sich aus den verschiedensten Gründen die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, während sie sich zu Punkt 2 und 3 zustimmend äußerten. Unter Genosse Kuhn erklärte hierauf, daß die U. S. P. für die Grundforderung 1 stimmen werde, weil ihr dadurch Gelegenheit gegeben wird, für ihre Sozialisierungsidee zu wirken. Auch für Punkt 2, Abl. a, werde seine Partei stimmen, nicht aber für b, wenn die darin geforderte Wohnungsgeldabgabe sei nichts weiter als eine Umschreibung der Mietsteuer, die in den Reihen der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf den stärksten Widerstand stoßen wird. Eine Regierung, die von den Milchwirtschaftlern keine Deckungsvorschläge fordert, handelt unpolitisch, wenn sie gegenüber dem leistungsfähigen Wohnungsgeld kategorisch eine solche Forderung erhebt. Den Fragen der Preislenkung der Baustoffe stimme seine Partei gleichfalls zu und werde sich das Einbringen weiterer Anträge vor.

Kunze erklärte der Vertreter der S. P. D., Silberbach m. d. T., daß seine Partei, wenn auch sehr schweren Herzens, für die Wohnungsgeldabgabe, also Mietsteuer, stimmen werde.

Auch die Mauerbiene, die kunstvolle kleine Kammern mauert und in jede ein Ei legt, vergißt nicht, neben jedes Ei einen Tropfen Honig zu spritzen, der dem Tier als erste Nahrung dient und von dem es zehren kann, bis seine Kräfte ihm gestatten, selbst auf die Nahrungssuche zu gehen.

Während der Mauerbiene arbeitet die Bienenbiene, die einen kleinen Honigtropfen ausspricht, auf dem das Ei schwimmt. Auch der Staris maulart, der der spanischen Biene verdammt ist, sorgt für seine Jungen, wenn auch nicht auf die anständigste Weise. Der Staris-Käfer lauert der Bienenbiene auf, um die Gänge zu entleeren, an deren Ende sie ihre Zellen anbaut, Zellen, in denen die jungen Bienenbrut sich entwickelt. Der Käfer aber legt seine Eier hausweise in den Gängen selbst ab. Nach vier Wochen bereits kriechen die jungen Staris-Larven aus, die zunächst bestimmen kriechen und sich recht und schlecht behelfen, bis in den Zellen die Bienenbiene ihre Entwicklung durchgemacht haben und heranzuwachsen. Sobald nun im Frühjahr eine kleine, männliche Bienenbiene den Gang verläßt, heften sie einige kleine schwarze Staris-Larven an ihre Brust und Kammern sich an ihre Haare, um später, sobald das Männchen sich in Liebe mit einem Weibchen vereinigt, auf dieses überzuliefern. Denn nun ist die Zukunft der Staris-Larve gesichert. Sobald das Bienenweibchen seine Bruträume hergerichtet hat, fällt sie jeden Raum mit etwas Honig, legt ein Ei darauf und hofft nun, für die Zukunft ihrer Nachkommenschaft gesorgt zu haben. Allein die Starislarve macht ihr einen Strich durch die Rechnung. Denn sobald die Biene ein Ei auf den kleinen Honigtropfen gelegt hat, klettert schnell eine Staris-Larve von ihrem Wirt herab und läßt sich auf das Ei fallen, das sie aufspritzt, um später, wenn sie stark genug geworden ist, sich auch über den Honig herzumachen. Unermüdet baut die Bienenbiene ihre Zelle, füllt sie mit Honig, belegt sie mit einem Ei und verschließt sie wie mit einem Deckel, damit das junge Insekt in Ruhe entwickeln kann. Und doch kommen später, wenn endlich die Verbindung des schwarzhäutigen Käfers mit der fleischigen Biene hergestellt ist, aus allen diesen Bienenlöchern nur Staris-Käfer heraus, und die viele Arbeit der Biene war vergeblich.

Wenn schon das zielbewußte Handeln der Staris-Käfer, über das uns der bekannte französische Forscher Fabre die ersten näheren Aufschlüsse gab, geeignet ist, den Glauben an die geistige Wertigkeit der Tiere zu zerstören, so ist dies noch in weit höherem Maße der Fall bei einigen anderen Insekten, die nicht Pflanzenkost zu sich nehmen, wie Ameisen und Bienen, nicht von verwesenden Körpern sich nähren, wie die Totengräber, sondern das frische Fleisch lebender Tiere für ihren Unterhalt benötigen. Was frische Fleisch bestrebt sind, ihren Jungen im ersten Entwicklungsstadium die Nahrungsvorgänge abzunehmen. Wie aber können die Tiere das? Es ist nicht, in denen sich das Fleisch frisch hält, stehen ihnen nicht zur Verfügung. Das Weibchen aber

Nach dieser Erklärung dankte der Arbeitsminister Brauns den Parteien, die sich für die Mietsteuer ausgesprochen haben. Gegen die Neuregelung des Siedlungswesens wendete er sich, weil diese eine Neuregelung der Gesetzgebung fordere. Auch gegen die Errichtung einer Zentralstelle für Wohnungswesen sprach der Minister. Die S. P. D. Vertreter schloßen sich in ihrer Rolle höchst unglücklich, und das um so mehr, da ihnen auch der Vorsitzende des Ausschusses sagen konnte, daß der Vater der Mietsteuer der ehemalige Arbeitsminister Schilde sei.

Kurz nach Neujahr wird sich der Reichstag im Plenum mit der Wohnungsfrage beschäftigen. Bis dahin müssen die Mieter härtesten Protest gegen die geplante Steuer erheben.

Bevor der Ausschuß auseinandergeht, fragte die Genossin Jienler den Regierungsvertreter, warum die Regierung das Material über die Wohnungsbaubauten noch nicht beauftragt habe. Nachdem etwa vier Milliarden vom Reich für Wohnungsbaubauten verausgabt seien, sei es notwendig, zu wissen, was mit diesem Geld erzielt worden ist. Die gewünschte Aufstellung soll in den nächsten Tagen den Mitgliedern des Ausschusses zugestellt werden.

## Der Dank des Vaterlandes

W. T. A. meldet: Die ehemaligen Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870-71 leiden, soweit sie vermögenslos und infolge des Alters oder von Krankheit erwerbsunfähig sind, besonders unter den jetzigen Teuerungszuständen. Wenn es auch bei der bekannten schlechten Finanzlage des Reiches leider nicht möglich ist, diesen alten verdienten Männern durch eine der Entwertung des Geldes entsprechende Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfe dauernd zu helfen, soll die 50. Wiederkehr der Tage der großen Kriegserfolge von 1870-71 doch nicht vorübergehen, ohne ihnen durch Gewährung einer Ehrengabe in Form einer einmaligen Beihilfe von 150 Mark den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck zu bringen. Die Beihilfe wird an alle am 20. Dezember 1920 lebenden Empfänger der Veteranenbeihilfe möglichst noch vor Weihnachten zur Auszahlung kommen.

Die Regierung würde besser tun, ihre schönen Worte, von denen niemand leben kann, für sich zu behalten. Den Kriegsteilnehmern tut eine wirkliche Hilfe wohlher als die abgegriffenen Erinnerungsgroschen. Ihre entsetzliche Not wird mit 150 M. nicht gemildert.

## Die rebellierenden Mütter

Am Schluß der gestrigen Reichstagsitzung wurde die Zentrum-Interpellation über die Neuerungen des Herrn v. Falkenhayn verhandelt. Dieser Herr, Direktor der Reichsgenossenschaft, soll bei Verhandlungen mit Vertretern der Landwirtschaft und des Müllergewerbes im Rheinland, auf die rheinischen Vertreter hindeutend, gesagt haben: „Die werden wir mit allen Gewaltmitteln niederdrücken“. Schon vorher soll Falkenhayn den rheinischen Müller-Kreisler gegenüber geäußert haben: „Die Rheinländer sind alle Franzosen, aus diesem Grunde müssen die Revisionen um so härter einfallen, damit diese Franzosenbrut mürbe gemacht wird“.

Ein Zentrumsgenossenschaftler erklärte, daß diese Neuerungen im Rheinland einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben. Die Rheinländer sehen sich von niemandem in der Treue zum Reich übertreten, sie seien keine Verräter, sondern Deutsche und würden Deutsche bleiben.

Für die Regierung antwortete Hermes. Die Untersuchung habe keine völlige Klärung ergeben. Der wirkliche Wortlaut der Neuerungen habe nicht festgestellt werden können. Als widerlegt könne aber die Neuerung betrachtet werden über die Rheinländer als Franzosen oder Franzosenbrut. Die Neuerung hochvörräterischer Bestrebungen habe er gebraucht und habe da-

lebend mit dem Ei zusammenzubringen, erscheint auch nicht rätselhaft, da selbst das kleinste Weibchen noch stärker als das hilflose Ei ist und dieses eher fressen würde, als darauf warten, bis das Insekt aus dem Ei schlüpft, um von ihm gefressen zu werden. Und doch will das Weibchen auch hier seinen Jungen die erste Nahrung mit auf den Weg geben. Wie vermag es das?

Der menschliche Geist streift die Wespen; aber das Tier weiß sich zu helfen. Es gibt einen der gemeinen Wespe verwandten Hautflügler, die Wegweipe, die lange Gänge in die Erde gräbt und an das Ende eines jeden Ganges einige Kammern anlegt, in denen jede sie ein Ei birgt. Neben das Ei aber legt sie vier Grashüpfer, die der jungen, aus dem Ei schlüpfenden Larve später als Nahrung dienen sollen. Die Grashüpfer dürfen nicht tot sein, denn dann würde die junge Larve, die verwesendes Fleisch nicht anrührt, sie verschmähen. Sie dürfen aber auch nicht leben; sonst würden sie das Wespenel, kaum daß die Wespe selbst die Zelle verlassen hat, sofort aufessen. In dieser Verlegenheit verfaßt die Wespe auf den Ausweg, der zwar grausam, sehr grausam ist, aber doch zugleich so genial, daß man ihm keine Bewunderung nicht verlagern kann. Die Wespe lähmt den Grashüpfer, ehe sie ihn zu dem Ei in die Zelle sperrt. Sobald sie ein Weibchen gefunden hat, wirft sie es auf den Rücken und schiebt ihm den Stachel tief zwischen Kopf und Hals gerade in einen Nervenstrang hinein, in den sie ihr Gift ergießt. Dann bohrt sie den Stachel noch einmal ein zwischen das Vorder- und Mittelbruststück und trifft hier einen Ast des Bauchmarks. Durch diese beiden Stiche lähmt sie das Tier vollständig, das nun in der Erdböhle leben und doch unfähig zur geringsten Bewegung liegt und die Zeit abwarten muß, bis die Larve das Ei verläßt und die Grashüpfer verzehrt.

Ueber diese Methode, die junge Brut mit frischem Fleisch zu versorgen, siehe sich noch mancherlei sagen und manch interessantes Beispiel anführen. Da sind die tropischen Grabwespen, die Gattung Chloron, die ähnlich mit den Schaben oder Katerlaken verfahren und die ihre Beute erst zurechtschneiden, wenn sie zu groß für die Zugangsoffnung sind, ihr bald die Flügeldecken, bald die Beine abschneiden, bis die Beute in den Bau hineingelegt werden kann. Da sind ferner die Pompliusgrabwespen, die ihre Larven mit Spinnenfäden und deren Lähmung dadurch herbeiführen, daß sie die dünnen Fäden der Spinnen, die das Kopfbruststück mit dem Hinterleib verbinden, mit den starken Klauen ein wenig eindrücken, nicht völlig, um nicht das Weibchen zu töten, sondern nur ein wenig, nur so viel, um es zu lähmen. Der besondere Vorteil dieser Methode besteht darin, daß sie ihren Opfern oft auch noch die Beine ab.

So ließe sich noch gar manches von diesen Grabwespen erzählen, von denen der empfindliche Mensch sich mit Grauen wendet, ohne doch zu bedenken, daß diese Tiere grausam handeln aus der Notwendigkeit heraus, weil sie für ihre Jungen sorgen müssen und ihnen kein anderer Ausweg bleibt.

durch Anlaß zu der Erregung über ihn gegeben. Falkenhayn sei nur Angeführter der Reichsgenossenschaft. Der Präsident der Reichsgenossenschaft sei beauftragt, Falkenhayn zu verwarnen und nicht mehr im Rheinland zu verwenden. Sein Wort sagte Hermes über die Ursachen dieses Vorgehens der Müller gegen Falkenhayn, das darin bestand, daß die Müller mit aller Gewalt die behördlichen Bestimmungen über die Brotgetreideversorgung zu befehligen trachteten. Sie stellten unerhörte Forderungen, die zum Zweck hatten, sich von jeder öffentlichen Kontrolle frei zu machen.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Solimann beklagte deshalb auch, daß Hermes kein Wort der Mißbilligung über das Verhalten der rheinischen Müller gefunden habe. Das soll erst die Veranlassung zu Falkenhayns ungeschickten Worten gewesen sein.

Die Genossin Agnes (U. S. P.) bezeichnete die Zentrum-Interpellation als Vorstoß der Müller und Landwirte gegen die Zwangswirtschaft und für die Wucherpreise. Die Person Falkenhayns ist für uns nebensächlich. Die rheinischen Bauern haben ihre Erzeugnisse sehr schlecht abgesetzt. Ihre Ablieferung ist um mehr als 50 Prozent im Vorjahre zurückgegangen. Wenn jetzt ein Teil der Landwirtschaft, die sich stets auf Kosten der Ärmsten der Armen bereichert hat, den Ansehen zu erwecken sucht, als wenn sie besonders gute Patrioten seien, so ist das Heuchelei. Von denen, die jetzt so tun, als wenn sie beleidigt worden wären, weil man sie als Hochverräter bezeichnet habe, hat sich niemand entristet, wenn man den Arbeitern den Vorwurf des Hochverrats gemacht hat. Im Gegenteil, gerade diese Kreise haben die Arbeiter oftmals bei der Entente benutzert und ihr bei ihren Verfolgungen geholfen. Genossin Agnes führt dann ferner eine ganze Reihe von Beispielen für den unerhörten Wucher der Landwirte gerade im Rheinland an. Die Möglichkeit für die Landwirte werde gerade dadurch hervorgerufen, daß den landwirtschaftlichen Überflüssigkeiten die größten Bedarfsgebiete unmittelbar benachbart sind. Wenn die rheinischen Landwirte mit den Separationsbestrebungen drohen, dann handeln sie nach dem Rezept der ostpreussischen Junker: Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut! Die Genossin Agnes kritisierte dann ferner die Nachgiebigkeit von Hermes gegenüber diesen rebellierenden Landwirten und Müllern und forderte, daß die Regierung gegenüber diesen Prozentpatrioten hart bleiben müsse.

Damit endete diese Aktion, die dem Zentrum Gelegenheit geben sollte, seine Liebe zu den rebellierenden Agrariern des Rheinlandes im hellsten Lichte erscheinen zu lassen.

## Deutscher Reichstag

### Eine lächerliche Anlage — Die Altpensionäre

Der Reichstag begann heute seine letzte Sitzung vor den Ferien wegen der Reichstagesordnung bereits um 9 Uhr vormittags. Trotz der frühen Stunde ist das Haus verhältnismäßig gut besetzt. Zuerst wird ohne Debatte beschlossen, der Strafverfolgung des Abgeordneten Levi wegen Aufbaus von Arzneimitteln und angeblichen Verkaufes ins Ausland die Genehmigung zu versagen. Levi hat bei seiner Reise nach Rußland eine kleine Reiseapotheke bei sich gehabt und soll dadurch Schleichhandel nach dem Ausland betrieben haben! Und diese Lächerlichkeit hat genügt, um den ganzen Apparat unserer hohen Staatsbehörden in Bewegung zu setzen!

Der Fristverlängerung für die Vorlegung des Gesetzes über die Betriebsbilanz, die im Betriebsrätegesetz auf den 21. Dezember festgesetzt war, wird zugestimmt. Sodann beginnt die Debatte über den Gesetzesentwurf zur Regelung von Bezügen der Pensionäre und Hinterbliebenen.

Abg. Dr. Kuhl (Dem.) berichtet über die Ausführenden Verhandlungen. Eine Änderung erfolgt bezüglich der Unterschiedsbeträge. Die Regierungsvorlage sah 50 Prozent vor, der Ausschuß hat 100 Prozent festgelegt. Im übrigen sind die Altpensionäre den Neupensionären gleichgestellt.

Ein Regierungsvorläufer stellt die finanziellen Konsequenzen fest. Im laufenden Jahre bestehen 4 1/2 Milliarden Pensionslasten, die werden im Laufe dieses Jahres auf 7 1/2 Milliarden steigen. Die Kosten dieses Gesetzes, die nach der Regierungsvorlage 900 Millionen ausmachen, kommen noch hinzu. Wenn die Gleichstellung der Altpensionäre durchgeführt wird, kommen weitere 500 Millionen jährlich dazu. Es wäre zu empfehlen, lieber die Regierungsvorlage anzunehmen, bis sich die finanzielle Lage abzuheben läßt.

Abg. Hoch (Soz.): Es ist wohl richtig, daß bei jeder Neubelastung des Staatsbudgets die Papierflut steigt und die Wirtschaftskrise verschlimmert wird. — Dadurch werden Kreise geschädigt, die heute schon sehr schlecht daran sind, wie z. B. die Empfänger der Altersrenten usw. Die Gerechtigkeit erfordert, daß nicht denen zuerst zugehört wird, die heute ohnehin schon besser stehen als die kleinen Beamtengruppen. Unmöglich wäre aber die Bevorzugung der Kriegsteilnehmer, weil viele Beamte, die nicht Kriegsteilnehmer sind, trotzdem durch den Krieg empfindlich geschädigt wurden. Der Ausgleich soll nicht nur für Beamte, sondern für Arbeiter und Angestellte geschaffen werden. Der § 8 in der jetzigen Fassung muß vorläufig abgelehnt werden.

Präsident Ebe erlucht die Redner mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung, ihre Redezeit einzuschränken.

Soldmann (U. S. P.) erklärt, daß seine Fraktion dem Gesetz zustimmen werde. Sie hoffe jedoch, daß hierbei noch jene Anträge Berücksichtigung finden, welche eine Begrenzung der Bezüge nach oben bedeuten. Die Anträge der Deutschnationalen seien lediglich eine Begünstigung der oberen Beamten und Offiziere. Redner erklärt, man müsse sich auch bei der außerordentlichen Beihilfe für Invaliden und Rentner annähernd so freigebig zeigen und über die Vorlage hinausgehen. Denn bei dieser Vorlage wolle man den Invaliden und Rentnern nur 40 Mark und den Waisen nur 20 Mark monatlich zahlen. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien sei kennzeichnend für ihre unsoziale Gesinnung. Die Einkünfte aus Vermögen bei Begrenzung aus Bezügen des Pensionsergänzungsgesetzes wollen sie nicht anerkennen. Das sei eine ungerechtfertigte Bevorzugung der ohnedies in ihrer Existenz Gefährdeten. (Bravo bei der U. S. P.)

Die Ablehnung ergibt Ablehnung der unabhängigen Verbesserungsvorschläge und einstimmige Annahme des Gesetzes in der Gesamtabstimmung. Sodann beginnt die Beratung des Gesetzes über die außerordentliche Beihilfe für die Empfänger von Invalidenrenten. Für die U. S. P. spricht der Abg. Burwardt-Chemnitz.

(Die Sitzung dauert fort.)

Wahrheitsfanatiker. Das Schwurgericht München hat den verantwortlichen Redakteur der Unabhängigen sozialistischen Zeitung „Kampf“ wegen Beleidigung des Reichsheergruppenkommandos, dem er den Vorwurf der Unfähigkeit gemacht hatte, zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Reichsheerbeschlöhhaber lägen nicht. Es sind innatistische Wahrheitsfanatiker, zumal wenn sie über den Kapp-Putsch und die Bewaffnung der Konterrevolution Bericht erlassen.



# Gewerkschaftliches

Im Berliner Seifen- und Kleinfabrikhandel sind die Gehaltsverhältnisse der Angestellten außerordentlich schlecht. Verdient doch z. B. eine 25jährige Angestellte durchschnittlich ohne Abzug der Steuern und Versicherungsbeiträge Mk. 630, ein 34jähriger verheirateter Angestellter der höchsten Gruppe Mk. 1200 monatlich. Der Zentralverband der Angestellten hat Forderungen gestellt, die den Angestellten wenigstens einigermaßen das Existenzminimum gewähren sollten. Der Arbeitgeberverband hat Verhandlungen hierüber als zwecklos bezeichnet, da die Forderungen seiner Meinung nach keine Verhandlungsgrundlage bilden. Die Angestellten haben daraufhin in einer Geheimabstimmung gegen wenige Stimmen den Streik beschlossen. Zunächst ist noch der Schlichtungsausschuss angerufen worden. Die Angestellten wollen jedoch unter allen Umständen noch vor dem Weihnachtsfest eine Entscheidung sehen. Die Arbeitgeber werden gut tun, den Forderungen entgegenzukommen, sonst dürfte der Streik unvermeidlich sein.

Bei der Firma Erich & Gräß, Treptow, befinden sich die Werkzeugmacher im Streik. Durch Spruch des Schlichtungsausschusses war den Berliner Metallarbeitern eine geringe Lohnzulage zugesprochen worden. Die Firma verlangt nun, diese Lohnzulage wieder dadurch illusorisch zu machen, daß sie von den Werkzeugmachern, die bisher nie in Afford gearbeitet hatten, Affordarbeit verlangte. Mehrere Kollegen, die sich weigerten, wurden entlassen. Verhandlungen scheiterten, da die Firma kategorisch erklärte, sie würde nur noch Arbeit in Afford ausgeben. Daraufhin legten die Werkzeugmacher geschlossen die Arbeit nieder. Wir ersuchen strengste Solidarität zu üben und den Betrieb zu meiden. Ortsverwaltung, Metallarbeiterverband.

# Groß-Berlin

## Zur Oberbürgermeisterwahl

Der Beschluß des Stadivordnetausschusses, den Rämmerer Böß zum Oberbürgermeister der Stadtgemeinde Berlin vorzuschlagen, wird vielen, die mit der Naturgeschichte der Rathauspartei nicht genügend vertraut sind, überraschend kommen. Wer tiefer in die Dinge hineinsieht, der wird sich über den Vorschlag nicht wundern. Den Rechtssozialisten war der Vorkampf mit den Unabhängigen schon in früheren Stadien höchst besonders angenehm, sie fühlten sich bedrückt, daß wir mit großer Entschiedenheit unseren Einfluß bis tief in den Magistrat ausdehnen wollten. Die jetzige Oberbürgermeisterwahl bot ihnen die gewünschte Gelegenheit, sich aus den lästigen Fesseln zu befreien. Wir beneiden sie um

die neue Gesellschaft in keiner Weise. Die Wahl von Böß wird nur möglich, wenn, wie das schon im Ausschuss in der Erörterung trat, die Rechtssozialisten mit den Demokraten, der Wirtschaftlichen Vereinigung, Volkspartei und dem Zentrum zusammengehen und stimmen. Nach den im Ausschuss abgegebenen Erklärungen ist daran nicht zu zweifeln. Im Ausschuss höhnten die Deutschnationalen ob dieser neuen „Basis“, obwohl sie selber die Rolle der beschriebenen Zuschauer spielen wollen, wie sie es ausdrückten. Sie betrachten die Dinge anders. Ihr Sprecher erklärte, er wolle nicht, daß der eine Hochmann — Böß — mit dem sozialistisch ausgelegenen Magistrat in den Abgrund verfinke, in den er törichter hineinstürzen müßte. Und nur deshalb wollen die Deutschnationalen als Krönung des jetzigen Magistrats einen Oberbürgermeister, der aus den Reihen der sozialistischen Parteien genommen werden müßte. Im Augenblick sei das aber das einzig Folgerichtige.

Die endgültige Abstimmung liegt in der Stadivordnetausschuss-Versammlung, und zwar in den Händen der Deutschnationalen. Wird Böß gewählt, so wird das im Magistrat zunächst nichts ändern, da Böß bereits Mitglied des Magistrats ist, an seine Stelle müßte dann ein anderer Rämmerer gewählt werden. Immerhin bedeutet aber seine Wahl eine Stärkung der Elemente, die nach der bürgerlichen Seite gravitieren und wäre eine Schwächung der Stellung der sozialistischen Mitglieder. Die Schuld an diesem Zustande werden die Rechtssozialisten nicht von sich abwenden können. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Böß im alten Magistrat in vielen Fällen gegen Vermuth gestanden hat.

## „Bis sie verreden“

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über die neuen Steuerprojekte des Rämmerers Böß wütend und macht mobil. Obwohl die Projekte im einzelnen noch nicht bekannt sind, fährt sie den Rämmerer an, um ihren Stolz gegen den ihr so verhassten Magistrat zu richten. Sie schreibt: „Einer der damals unabhängigen Funktionäre, der sich inzwischen zum Kommunisten entwickelt hat, äußerte in einer Versammlung auf Einwendungen gegen seine Berliner Zukunftspläne: „Geld haben die Spitzer genug. Bleiben sollen sie, bis sie verreden!“ Nach diesem Grundgesetz handelt offenbar der neue Berliner rote Magistrat, an seine Spitze der unfähige Rämmerer Böß, den man früher zu den Bürgerlichen rechnete, weil die Demokraten ihn als ihren Mann anjahen. Mit den vier Steuerprojekten dürfte die Steuerfindigkeit des Magistrats sicher nicht erschöpft sein, so daß weitere „Genüsse“ bevorstehen, immer nach dem Grundgesetz: „Bleiben sollen sie, bis sie verreden.“ Da der Magistrat in seiner Wirksamkeit auf irgendeinem sonstigen Gebiet, etwa gar zum Wohle der Einwohner, bisher nichts hat verlauten lassen, so zeigt er deutlich, wie er seine Aufgabe auffaßt.“

Auch wir behalten uns die Prüfung der Steuerprojekte vor, wenn sie im einzelnen vorliegen, allerdings erfolgt diese von einem anderen Standpunkt aus als von dem der „Deutschen Tages-

zeitung“. Schonung der Rinderbemittelten unter härterer Heranziehung der Besitzenden.

Die Milchpreise im Steigen. Aus dem Rathause wird mitgeteilt, die Groß-Berliner Kuhstallbesitzer haben, wie in der Öffentlichkeit schon bekannt geworden ist, dringend eine Erhöhung des Milchpreises von 2 auf 3 Mark und weiterhin die Freigabe des über eine bestimmte Menge hinaus produzierten Milch verlangt. Die Freigabe irgendwelcher Milchmengen konnte angesichts der außerordentlich schlechten Milchversorgung Berlins und der gesetzlichen Bestimmungen überhaupt nicht erörtert werden. Gegenüber den eingehenden Ermittlungen der Feststelle ergeben sich angesichts der heutigen Futtermittelpreise die Kuhstallbesitzer in der Tat mit einem Preise von 2 M. nicht auskommen können. Um nicht den Milchpreis allgemein zu erhöhen, hat der Magistrat den Anwesenden eingeschlagen, einen Durchschnittspreis von 2,20 M. festzusetzen und aus diesem Preis Beiträge zu erheben, die es ermöglichen, den Kuhstallbesitzern einen Zuschuß zu gewähren. Der Magistrat hat sich mit diesem Preis zunächst begnügt, obwohl die Fortsetzung aller Kosten, insbesondere der Erhöhung gerechtfertigt wäre. Der Großhandelspreis ist entsprechend erhöht und auf 2,65 M. festgelegt. Die Regelung gilt zunächst nur für den Bezirk der Feststelle Groß-Berlin und wird auf die neuen Teile Berlins ausgedehnt werden, sobald deren Organisation so mit der Feststelle verschmolzen ist, daß sich ein Durchschnittspreis bilden läßt.

Reinickendorf. Am Sonntag, den 18., und Montag, den 19. d. Mts., nachmittags von 2—7 Uhr, findet im Volkshaus, Reinickendorf-West, eine Weihnachts-Bücher-Ausstellung statt.

Eine Kinderfeier in Charlottenburg, Hindenburgstraße, Guertelstraße, mit Märchenbildern, Rezitationen und Viedervorträgen, veranstaltet am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, die Bildungs- und Kinderbuch-Kommissionen von Charlottenburg, 14. und 15. Bezirk.

Vorausschickliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe oder neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen anfangs östlichen, später westlichen Winden. Temp. atuz nahe bei Null.

## Aus den Organisationen

18. Dez. 4. Abteilungs. Erste abend 1/8 Uhr, bei Volgt, Solforte Str. 2. Treffpunkt der Funktionäre.  
Tempelhof, Sonntag, vorm. 9 1/2 Uhr, mäßige Zusammenkunft aller Funktionäre beim Genossen Kopsa, Friedrich-Wilhelm-Str. 68.

## Bereinskalender

Zentralverband der Metzler, Section 1 (Markt und Konfektionsfabrik, Friedrichs-Str. 11).  
Reinickendorf, Sonntag, vorm. 9 1/2 Uhr, mäßige Zusammenkunft aller Funktionäre beim Genossen Kopsa, Friedrich-Wilhelm-Str. 68.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahl, Berlin, Unter den Eichen 10. Verantwortlich für die Druckerei: Paul Kahl, Berlin, Unter den Eichen 10.

H. E. F. D., Oranienstein  
Gustav Uhlig  
Am Sonntag, den 11. Dezember, wird ein großer Verkauf von...  
Kaufe jeden Vollen  
Spiralbohrer  
Anfiederungen  
Selbstbau

## „Hoffnung“

Berl. Schneiderei-Genossenschaft E. G. m. b. H.  
Am Rosenhofer Platz Brunnenstraße 185 Am Rosenhofer Platz

**Bedeutend herabgesetzte Preise**  
Weit unter Herstellungswert!

Anzüge . . . . . von Mk. 285 bis 900  
Raglan, Ulster u. Pal. „ 260 „ 900  
Hosen . . . . . „ 50 „ 300

**Kindergarderoben, Fantasiestiefen, Pelzinnen und Bozenmäntel in großer Auswahl zu billigen Preisen**

**Anzüge nach Maß sehr preiswert!**

Geöffnet von 8—6 Uhr  
Sonntag, den 19. Dezember, von 1—6 Uhr geöffnet

## Weihnachten

vom 18. bis 24. Dezember Schokoladen  
bekannteste Marken in 50 und 100 g  
Tafeln und Kakao zu Ausnahmepreisen.  
Verkauf nur an Wiederverkäufer.  
Gerjon Wechselmann  
Berlin W 9, Linkstraße 20

## Lokalredakteur gesucht!

Wir die Arbeiterzeitung Bremerhaven und Umgebung (Kauz) suchen einen Lokalredakteur für die Bremerhaven-Region. Der Redakteur muss ein tüchtiger Schriftsteller sein, der die Interessen der Arbeiterbewegung kennt und sich auf dem Gebiet des Journalismus auskennt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Referenzen an: Arbeiterzeitung Bremerhaven, Postfach 100, Bremerhaven.

Werkzeuge u. Maschinen  
Spiralbohrer  
Anfiederungen  
Selbstbau

## Kapitän-Kautabak

Wieder erhältlich in der früheren guten Qualität zu höchsten Preisen durch die bekannte Kautabak-Fabrik  
C. Nicker, Berlin, Lichterberger Str. 22. Ref. 3661

## Kleine Anzeigen

Das Hebererstellenswort 2—Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.  
Stellungsgründe: Hebererstellenswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1—Mk.

## Verkäufe

Wichtig! Letzte, Ulster, Pelz, Anzüge, Ulster, Raglan, Hosen, etc. zu niedrigen Preisen. Verkauf nur an Wiederverkäufer. Gerjon Wechselmann, Berlin W 9, Linkstraße 20.

## Büchlein

Wichtig! Letzte, Ulster, Pelz, Anzüge, Ulster, Raglan, Hosen, etc. zu niedrigen Preisen. Verkauf nur an Wiederverkäufer. Gerjon Wechselmann, Berlin W 9, Linkstraße 20.

## Möbel

Wichtig! Letzte, Ulster, Pelz, Anzüge, Ulster, Raglan, Hosen, etc. zu niedrigen Preisen. Verkauf nur an Wiederverkäufer. Gerjon Wechselmann, Berlin W 9, Linkstraße 20.

## Werkzeuge u. Maschinen

Wichtig! Letzte, Ulster, Pelz, Anzüge, Ulster, Raglan, Hosen, etc. zu niedrigen Preisen. Verkauf nur an Wiederverkäufer. Gerjon Wechselmann, Berlin W 9, Linkstraße 20.

## Ein vorzügliches Weihnachtsgeschenk!

Tropisystem  
Feuerhand  
die moderne Patent-Karbidlampe lässt sich in 1 Minute füllen und reinigen, indem man den äußeren Kessel in einer Sekunde herausziehen kann. Karbidverbrauch außerordentlich minimal.  
Preis mit Glöcke 45 Mark  
Nach. außer halb verwenden wir die Lampe gut verpackt franko an, wenn uns 50—M. eingezahlt werden. Der Weihnachtsgeschenk wird dem Paket ebenfalls beigegelegt, wenn Bestellung sofort erfolgt. Zahlungsbedingungen per Zahlschein auf Postcheckkonto 3/219 beim Postcheckamt Berlin erfolgen!

## Vollständig gratis erhalten Sie vom 16. bis 24. Dezember beim Einkauf nebenstehender Patentlampe unseren Weihnachtsskorpion

enthaltend 3 Stück pr. Blumen-Yollettin-Setts (Gew. 100 g) und kleine Doppelstrahlige rosen Kerosinleuchte (Gew. 1/2 Pfund) im Gesamtwert von Mk. 24.—

Wer unsere Karbidlampe „Feuerhand“ kauft, spart viel Geld! Reparaturen an Karbidlampen in eigener Werkstatt sofort prompt und billig.

**Prima Karbid stets am Lager**  
Einzelverkauf zu 4,50 Mk. je Kilogramm  
Billigste u. beste Karbidbezugsquelle Berlins

## Franz Borowicz

Metall- und Industrie  
Berlin SO 26, Waldemarstr. 27

1 Minute vom Marienplatz — 1 Minute vom Oranienplatz  
Fernspr. Moritzpl. 675, 1676 / Geschäftst. von 9—7 Uhr  
Am Sonntag, den 19. Dezember, von 1—6 Uhr geöffnet

Verkaufsstelle für den Bezirk Norden:  
Fahrradhaus Pohlmann, Schöneberg Allee 177  
Verkaufsstelle für den Bezirk Zentrum:  
Fahrradhaus No. 1, Zimmerstr. 3—4  
Fahrradhaus No. 2, Am Halleschen Bahnhof und Potsdamer Bahnhof

1 Minute vom Anhalter Bahnhof und Potsdamer Bahnhof

## Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung

Breite Straße 8—9. / Den ganzen Tag geöffnet. / Verkauf bis 7 Uhr abends.

**Verkauf bis 7 Uhr abends.**